

Zur Lage 1996 : weiterhin kein Ende der Geschichte in Sicht

Autor(en): **Heller, Daniel**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat + MFD : unabhängige Monatszeitschrift für Armee und Kader mit MFD-Zeitung**

Band (Jahr): **71 (1996)**

Heft 3

PDF erstellt am: **19.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-714172>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zur Lage 1996 – Weiterhin kein Ende der Geschichte in Sicht

Von Major i Gst Daniel Heller, Aarau

Wer die Vergangenheit vergisst, verliert die Zukunft. Der Soziologe Jacques Novicow hat 1911 ausgerechnet: «Von 1496 v. Chr. bis 1861 n. Chr., also in einem Zeitraum von 3357 Jahren, gab es 227 Jahre Frieden und 3130 Jahre Krieg. In Europa tobten innerhalb der letzten drei Jahrhunderte 236 Kriege. ... Zwischen 1500 v. Chr. und 1860 sind über 8000 Friedensverträge geschlossen worden, von denen man nur zur Zeit ihres Abschlusses annahm, dass sie ewig dauern würden.» Diese Zahlenreihen liessen sich linear fortschreiben. Der Krieg erscheint im Lichte der Geschichte als Normalzustand und als ständiger Begleiter der Menschheit, der Friede als Ausnahmezustand und als Errungenschaft der Zivilisation. Auch das Ende des Kalten Krieges hat der Welt bekanntlich – entgegen allen Hoffnungen – den Frieden nicht gebracht. Un ob ihn die nächsten 20 Jahre bringen werden, ist unwahrscheinlicher denn je. In dem Masse, in dem die scheinbar unbrennbare demographische Explosion die Ungleichgewichte zwischen dem Norden und dem Süden dieser Welt beschleunigt, wird auch die Zivilisation in unseren Breitengraden brüchig bleiben.

Gleichgewichte schaffen Stabilität

Der Untergang der Sowjetunion hat die Welt destabilisiert. Als Folge lassen wirtschaftliche, soziale, ethnische und politische Spannungen vor allem in der Zweiten und Dritten Welt Krisen und Kriege ausbrechen, die vorher durch das «Gleichgewicht des Schreckens» neutralisiert waren. In die «Zeit der Hoffnung» nach 1989 fiel auch die Entstehung des schlimmsten europäischen Konflikts seit 1945 in Jugoslawien. Russland steht heute vor der Frage, ob es den Weg Deutschlands nach dem Ersten oder nach dem Zweiten Weltkrieg gehen will. Es erstaunt somit nicht, dass 1992 nur drei Jahre nach der «Wende» weltweit 52 kriegerische Auseinandersetzungen im Gange waren, eine Rekordzahl. Die Spannweite ist riesig. Sie reicht von der mit Macheten und Keulen ausgetragenen ethnischen Säuberung in Ruanda über das von Panzern niedergewalzte Grozny in Tschetschenien und den «primitiven Schiesskrieg» in Jugoslawien bis hin zum High-Tech-Krieg am Golf. Waren in Ruanda, Tschetschenien und Jugoslawien unsägliche Menschenverluste – auch auf seiten der Zivilbevölkerung – zu beklagen, so kostete der Krieg gegen Saddam Hussein am Golf gerade 200 Tote auf seiten der UNO-Koalition. Dies, obwohl der UNO-Streitmacht eine irakische Armee gegenüberstand, die als sechstgrösste Streitkraft der Welt galt. Die Kriege und Konflikte der Zukunft werden die Spannweite dieser Gegensätze eher vergrössern als verkleinern.

Schwache Faktoren der Ordnung

Eine neue Weltordnung und damit Friede und Stabilität sind nicht in Sicht. Weder ein Gleichgewicht der Kräfte noch eine klare Hegemonialmacht, noch ein Weltpolizist in Form einer multilateralen Organisation, noch die weltweite Durchsetzung der Demokratie als Staatsform zeichnen sich heute ab. Wohl gelten heute 117 Staaten (von 191) als Demokratien. «Freedom House» teilte 1995 die 191 Staaten der Erde bezüglich politischer Rechte und bürgerlicher Freiheiten in 76 «freie Länder», 62 «teilweise freie Länder» und 53 «nicht freie Länder» auf. Von 5,7 Milliarden Menschen leben nach wie vor nur gerade 1 Milliarde in freien Gesellschaften. Die These vom «Ende der Geschichte» aufgrund der weltweiten Durchsetzung des rechtsstaatlich-liberalen Prinzips verifiziert sich also schon nur vor diesem Hintergrund nicht. Auch die um Frieden und Stabilität bemühten internationalen Organisationen – so nötig sie sind – haben bei objektiver Betrachtung gemessen an ihren Ansprüchen einen insgesamt bescheidenen Leistungsausweis vorzu-



Dr Daniel Heller, 1959, Historiker und Militärpublizist, Kdt einer Pz Hb Abt, Grossrat des Kantons Aargau

weisen. Sie sind immer noch mehr Spiegel denn Zukunftsgemälde dieser Welt. Die UNO hat sich verzettelt – statt sich auf Wesentliches zu konzentrieren, engagiert sie sich für alle und alles. Sie erreicht dementsprechend wenig. Die EU kann nicht einmal in Europa selber als Ordnungsmacht auftreten, wie Jugoslawien zeigt. Die Hoffnungsträgerin OSZE ist wenig wirkungsvoll und die NATO nur handlungsfähig, wenn sich die atlantischen Grossmächte ausnahmsweise handlungseinig sind. Auch ein neues globales Gleichgewicht, basierend auf dem Dreieck der drei Wirtschaftsblöcke Amerika, Europa und Asien, wird es kaum geben; zu heterogen sind die Interessen der Einzelstaaten innerhalb dieser Blöcke selbst. Das zeigt der Blick auf Asien, wo sich beispielsweise Südkorea, China und Taiwan auch in Zukunft kaum auf eine gemeinsame Politik fixieren lassen werden.

Starke Faktoren der Unordnung

Entwicklung schafft Wachstum, Stabilität, Wohlstand und damit Zivilisation. Für die künftige Ausbreitung der Zivilisation auf diesem Planeten wird der demographische Faktor entscheidend sein: Das Bevölkerungswachstum wird über Geschwindigkeit und Form der Entwicklung entscheiden. Die Perspektiven sind düster. Die Geschwindigkeit der Bevölkerungsvermehrung war noch nie so gross wie heute. Die Bevölkerungsexplosion beschert der Welt alle zehn Jahre eine weitere Milliarde Menschen. Der Zuwachs beschränkt sich heute fast ausschliesslich auf die Dritt-Welt-Regionen in Asien, Afrika und

Südamerika. War die Bevölkerung Afrikas 1950 noch halb so gross wie diejenige Europas, hat sie diese 1985 eingeholt (480 Millionen) und wird im Jahre 2025 eine dreimal so hohe Bevölkerungszahl aufweisen wie Europa (512 Mio. in Europa zu 1,58 Mia. in Afrika). Prognosen sagen voraus, dass die Entwicklung in 20 bis 30 Jahren bei einem Stand von 10 Milliarden Menschen kulminieren wird. Das Potential für Entwicklungsstörungen und Destabilisierung infolge Überbevölkerung und Ressourcenknappheit ist damit gewaltig und wächst exponentiell. Die sich bildenden Konfliktherde mit sozialen Spannungen, Bürgerkriegen und Kriegen werden massive Migrationsbewegungen auslösen. Und diese werden wie einst zur Völkerwanderungszeit die Mittelmeerwelt des Alten Roms auch unsere Breitengrade nicht unberührt lassen.

Drohende demographische Apokalypse

Das Problem ist nicht neu. Schon 1798 prophezeite Thomas Robert Malthus eine Apokalypse aufgrund der demographischen Entwicklung vor allem in Grossbritannien. Damals verdoppelte sich dort die Bevölkerung alle 25 Jahre. Bei gleichzeitig absehbarer Endlichkeit der Ressourcen, vor allem der Lebensmittelproduktion, schloss Malthus, dass das resultierende Hungerelend den Zerfall der menschlichen Strukturen zur Folge haben werde und sagte eine Apokalypse infolge der ungebremsten Bevölkerungsexplosion voraus. Auswanderung nach Übersee, Effizienzsteigerungen in der Landwirtschaft und vor allem der Durchbruch der industriellen Revolution vermochten damals die unheilvolle Entwicklung rechtzeitig zu stoppen. Für die heutige Bevölkerungsentwicklung und ihre Folgen für die Welt sind die Rettungsperspektiven dagegen noch aufzuzeigen.

Die rund 3000 Völker der Erde sind in nur 170 Staaten konzentriert, die vielfach ethnische Grenzen nicht respektieren. Verstärkt der Bevölkerungsdruck soziale und wirtschaftliche Spannungen, führen diese ethnischen Unzulänglichkeiten zum Aufkommen von politischem Extremismus, zu übertriebenem Nationalismus und zu religiösem Extremismus. Konflikte und Kriege entstehen parallel zur Überbevölkerung. Den Zusammenhang zwischen demographisch bedingten sozialen Problemen und der Bereitschaft zur Gewalt zeigt einmal mehr die Geschichte. So fand die intensivste Kriegstätigkeit des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in den Einflussphären der weissen Bevölkerung Europas und Nordamerikas statt. Dies waren damals auch die Regionen mit der grössten Bevölkerungsvermehrung. Auch nach 1945 befinden sich grössere Konflikte in ihrer über-

wiegenden Mehrheit in Gebieten mit starkem Bevölkerungsdruck. Die höhere Gewaltbereitschaft in Gebieten mit einem starken Bevölkerungswachstum erklärt sich mit einem Überschuss von jungen Menschen. Diese jungen Leute suchen geradezu die gefährliche Existenz eines Kämpfers, bedingt durch die empfundene Perspektivlosigkeit des Daseins in einer überbevölkerten, von Arbeitslosigkeit geprägten Gesellschaft.

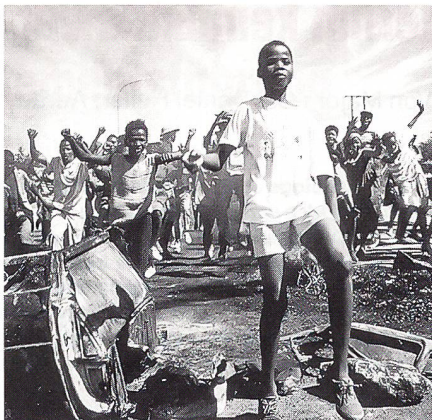
Ressourcenknappheit, Konflikte und Migration

Die Ressourcenknappheit wird sich durch das Bevölkerungswachstum akzentuieren. Die Welternährung wird damit zur Schlüsselaufgabe des 21. Jahrhunderts. Immer mehr Menschen benötigen immer mehr Nahrung und damit mehr Anbauflächen, mehr Wasser, mehr Energie usw. Diese Ressourcen sind begrenzt. Ihre Verfügbarkeit wird in absehbarer Zeit durch bessere Landwirtschaftstechnologien, bessere Verteilung und geringere Lagerverluste nicht mehr beliebig vergrössert werden können. Wasser beispielsweise ist bereits heute in einigen Weltregionen – so im Nahen Osten – knapp geworden. Der Wassermangel wird sich verstärken, und Wasser wird dort schon bald den strategischen Stellenwert von Erdöl- oder Uranvorkommen erlangen. Dem Nahen und Mittleren Osten werden andere Weltregionen folgen.

Infolge der demographischen Explosion und der Ressourcenknappheit werden die Völker der Erde erneut in Bewegung geraten. Das Wohlstandsgefälle wird viele benachteiligte Völker unweigerlich in Richtung der entwickelten Industriestaaten treiben. Vorläufer dieser Entwicklung sorgten in der Schweiz in den letzten 15 Jahren für einen Anstieg der ausländischen Wohnbevölkerung um beinahe 47 Prozent auf 1,3 Millionen oder rund 20 Prozent Anteil der schweizerischen Bevölkerung. Schon heute rechnen Beobachter mit rund 15 Millionen Menschen, die sich auf dem Weg nach Europa befinden. Diese Zahl wird weiter ansteigen und die Dimension einer Migration annehmen. Wie jede Völkerwanderung wird sie mit einem Verfall von Strukturen, Werten und Traditionen bei den Wandernden, aber auch in den Zielländern verbunden sein.

Die Zivilisation in Europa ist nicht auf alle Zeiten gesichert

Der Mensch ist weder bereit, auf Gewalt zu verzichten, noch ist er bereit, auf die Utopie einer gewaltfreien Welt zu verzichten. Deshalb wird die Auseinandersetzung über Strategien zur Kriegsverhinderung und über den Einsatz von Mitteln zur Erhaltung des Friedens mit wechselnder Intensität und in wechselnden Schattierungen weitergehen. Die Wahrung des Friedens, die Abwehr von politischen Krisen oder die Absorption einer grösseren Flüchtlingswelle fallen den Ländern Westeuropas mit hohem Entwicklungsstand, leistungsfähigen Volkswirtschaften und gefestigten Demokratien vorläufig noch leicht. Wirtschaftliche, soziale und daraus resultierende politische Probleme, insbesondere die hohe Arbeitslosigkeit der vergangenen Jahre, destabilisieren heute aber auch europäische Staaten. Der für alles zuständige Wohlfahrtsstaat ist zunehmend überfordert. Sein Rückbau führt zu Verteilungskämpfen. Der Trend zu den Extremisten ist evident. Plötzliche Massenzuwanderungen könnten deshalb



Beim sogenannten Schulstreik in Soveto. Im Jahre 1994 erhielten in Südafrika 1,6 Millionen farbige Kinder keine Schulausbildung.

Aus Weltrundschau 94

auch für die europäische Stabilität durchaus eine reelle Gefahr darstellen.

Migrationen grösseren Ausmasses sind immer verknüpft mit sicherheitspolitisch relevanten Ereignissen wie Kriegen, Hungersnöten, Verfolgungen oder Seuchen. Die demographischen Faktoren als zentrale Motoren der Unordnung müssen deshalb in Zukunft in die Überlegungen um internationale und nationale Sicherheitsbemühungen einfließen. Mögliche Antworten auf Worst-Case-Szenarien sollten vorbereitet werden, bevor diese eintreten. Vor diesem Hintergrund muss zu denken geben, dass man in den europäischen Staaten über einen weiteren Abbau der Streit- und Sicherheitskräfte, in der Schweiz sogar über die Abschaffung der Armee, debattiert.

Sicherheitsstrategien: Ursachen- und Symptombekämpfung nötig

Für die Sicherheit der Schweiz in der Welt von morgen sind folgende Strategien zentral, die schon heute zu verfolgen sind:

- Die relative ökonomische Konkurrenzfähigkeit aller Volkswirtschaften der Erde ist anzustreben, um einen bestimmten breit gestreuten Lebensstandard langfristig zu erreichen, zu halten und damit Konfliktursachen zu vermindern.
- Die Suche nach Dämpfungsmassnahmen für die Bevölkerungsexplosion muss auf mehreren Gleisen mit hohen Prioritäten national und international vorangetrieben werden.
- Die Investition in neue Technologien (beispielsweise in die Gentechnologie) zur Bewältigung von Ressourcenknappheit und von ökologischen Problemen ist zu verstärken.
- Unsere umfassenden sicherheitspolitischen Anstrengungen – inklusive einer glaubwürdigen Abwehrbereitschaft – dürfen nicht nachlassen. Sicherheitspolitik und Entwicklungspolitik bilden keine Alternativen, sondern ergänzen sich.
- Eine umfassende, überregionale Migrationspolitik mit Steuerungs- und Kontingentsregelungen ist anzustreben.

Die Schweiz wird auch in Zukunft mit ihren sicherheitspolitischen Anstrengungen der Völkergemeinschaft dann am besten dienen,

wenn sie ihren Schutz aus eigener Kraft glaubwürdig sicherstellen kann.

Dass sie darüber hinaus nach Kräften mithilfe, vielfältige Beiträge zur Stabilität in einer Welt voller Konflikte zu leisten, erscheint im heutigen und künftig absehbaren Kontext eine logische Konsequenz umfassender Vorstellungen von Sicherheitspolitik. Die Verminderung weltweiter Gefahren politischer Instabilität und kriegerischer Auseinandersetzungen sollten Triebfeder genug sein, um dabei neben nationalen auch globale Strategien zu verfolgen. ■

– Schweizer Armee –

Die Kommandanten der Grossen Verbände und Heereseinheiten 1996

FAK 1	KKdt Jean Abt, 1938
FAK 2	KKdt Kurt Portmann, 1934
Geb AK 3	KKdt Simon Küchler, 1937
FAK 4	KKdt Paul Rickert, 1936
Luftwaffe	KKdt Fernand Carrel, 1937
F Div 2	Div Frédéric Greub, 1938
F Div 3	Div Christian Schlapbach, 1946
F Div 5	Div Rudolf Zoller, 1940
F Div 6	Div Ulrico Hess, 1939
F Div 7	Div Hans-Ulrich Scherrer, 1942
F Div 8	Div Beat Fischer, 1943
Geb Div 9	Div Jean-Daniel Mudry, 1944
Geb Div 10	Div Bernard Mayor, 1943
Geb Div 12	Div Valentino Cramer, 1944
Ter Div 1	Div André Liaudat, 1937
Ter Div 2	Div Rudolf Witzig, 1941
Ter Div 4	Div Hans Gall, 1942
Ter Div 9	Div Francesco Vicari, 1935
Ter Br 10	Br Luc Fellay, 1947
Ter Br 12	Br Erhard Semadeni, 1940
Pz Br 1	Br Jacques Dousse, 1948
Pz Br 2	Br Jean-Pierre Badet, 1949
Pz Br 3	Br Paul Zollinger, 1944
Pz Br 4	Br Heinz Rufer, 1941
Pz Br 11	Br Arthur Stacher, 1944
Fest Br 10	Br Gotthold Gehring, 1944
Fest Br 13	Br Bruno Gähwiler, 1947
Fest Br 23	Br Andrea Vidal Rauch, 1939
Flwaf Br 31	Br Christophe Keckeis, 1945
Flpl Br 32	Br Andreas Bürgi, 1942
Flab Br 33	Br Jean-Pierre Cuche, 1943
lk Br 34	Br Otto Zuberbühler, 1938
Ftg/Ftf Br 40	Br Peter Sollberger, 1934
Uem Br 41	Br Hanspeter Alioth, 1942

Stabschef AK und Luftwaffe

FAK 1	Br Charles-André Pfister, 1948
FaK 2	Br Max Riner, 1943
Geb AK 3	Br Christian Josi, 1944
FAK 4	Br Peter Stutz, 1948
LW	Br Alfred Ramseier, 1939

Abstimmung vom 10. März 1996:

Die kantonale Mitverantwortung für die Milizarmee ist Ausdruck einer gesunden Verankerung der Milizarmee in den Kantonen.

Die Vorteile einer regional stark verankerten Armee dürfen vor dem Hintergrund armeefeindlicher Bestrebungen nicht mutwillig aufs Spiel gesetzt werden!

Nein zur Revision Art. 20 der Bundesverfassung

Komitee gegen die Abschaffung der kantonalen Mitverantwortung an der Milizarmee